



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/98 - 28.4.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039690

Labour - SFIO - SPD

Zur Bonner Sozialistentagung	S. 1
Frankreich und die deutsche Lage	S. 3
Saar-Hoffmann verriet Bergarbeiter	S. 5
Jungsozialisten tagten in Peine	S. 7

Klärende Aussprache

(sp) Keine der drei sozialistischen Parteien, die am Sonntag im Bonner Parteihaus der SPD die großen Fragen der europäischen Politik berieten, ist zurzeit an der Regierung ihres Landes beteiligt. Jede aber besitzt erheblichen Einfluß, Labour-Party und SPD schon durch ihre ziffernmäßige und organisatorische Stärke, die SFIO mehr durch ihre Schlüsselstellung im französischen Parteiensystem.

Die drei Parteien, sämtlich durch maßgebende Männer vertreten, sind in wesentlichen Punkten zu übereinstimmenden Auffassungen gekommen: Ernsteste Bewertung der letzten sowjetischen Note, vordringliche Notwendigkeit einer Viermächte-Konferenz, Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in ihrer gegenwärtigen Form. Die Übereinstimmung zwischen Labour und SPD bezog sich auch darauf, daß man die Ratifizierung der weit fortgeschrittenen Entwürfe des Generalvertrages, der Zusatzverträge, und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft solange hinauszögern sollte, bis die sowjetischen Absichten einigermaßen geklärt seien. Die Franzosen freilich gingen in diesem Punkt, der sich auf die wünschbare Verzögerung des Abschlusses der Westverträge bezog, ihren eigenen Weg.

Dies waren die Kernpunkte. Die vielbeachtete Bemerkung Hugh Daltons vor Journalisten, seine Partei würde "nicht sehr

glücklich sein", wenn eine künftige, freigewählte gesamtdeutsche Regierung mit voller Entscheidungsfreiheit ausgestattet sein sollte; wiegt im Vergleich zu den erwähnten positiven Momenten nicht schwer. Einmal war die Form, in der sich Dalton von dieser Möglichkeit absetzte, äußerst zurückhaltend, zum anderen ist es bis dahin noch ein weiter Weg und andere Fragen, wie die der Vierer-Konferenz und freier Wahlen, müssen vorher gelöst werden.

Eine Einschränkung erfuhren alle von den Gästen vorgetragener Thesen dadurch, daß sie entweder persönliche oder die Auffassungen von Gruppen, nicht aber die offizielle Meinung der betreffenden Partei darstellten. Diese wird bei der SFJC frühestens auf dem Kongreß der französischen Sozialisten Ende Mai, bei der Labour Party noch wesentlich später fixiert werden, wobei es vermutlich bei den Franzosen größere Schwierigkeiten, auf eine gemeinsame Linie zu kommen, geben wird, als bei den Briten. Immerhin war es aufschlußreich, daß Guy Mollet selbst die Möglichkeit andeutete, daß sich auf dem Parteikongreß die Vorstellungen seines Freundes und, in diesem Falle, Gegenspielers Grumbach, durchsetzen könnten, der den Auffassungen der SPD stärker zuneigt, als der Generalsekretär der Partei.

Es hat also in der Frage, ob man in den Bemühungen um die westliche Integration bis zur besseren Klarstellung der russischen Absichten zunächst einmal auf der Stelle treten solle, keine Übereinstimmung gegeben, wenn auch die Mehrzahl der Konferenzteilnehmer die Frage im Grunde bejahte. Die gerade jetzt öffentlich geäußerte Feststellung des Bundeskanzlers, der Generalvertrag könne nach einer in ihm enthaltenen Klausel auf Antrag einer neugebildeten gesamtdeutschen Regierung jederzeit revidiert werden, hat nach Auffassung vor allem einiger französischer Delegierter kein großes Gewicht und zwar deshalb nicht, weil, was Dr. Adenauer unerwähnt ließ, eine solche Revision nur einstimmig beschlossen werden könne, womit die praktische Wirkungsmöglichkeit dieser Klausel aufs äußerste beschränkt werde.

Die Konferenz der führenden Sozialisten aus England, Frankreich und der Bundesrepublik hat, wenn schon nicht eine volle Übereinstimmung, so doch in wichtigen Grundfragen eine weitgehende Annäherung der Auffassung gebracht. Wie weit diese Tatsache auf die Politik der Regierungen Einfluß haben wird, ist eine andere Frage. Ihre Beantwortung hängt vor allem davon ab, wie nachdrücklich die einzelnen sozialistischen Parteien in ihren eigenen Ländern mit dem Argument der weitgehenden internationalen Übereinstimmungen Erfolg haben können.

+ + +

Frankreichs Politik in der deutschen Frage

Von unserem Pariser H.A.-Korrespondenten

Seit der Aufgabe des Planes eines losen Staatenbundes, der in der ersten Nachkriegszeit angestrebt wurde, hat das deutsche Problem nicht aufgehört, in Frankreich die größte Verwirrung hervorzurufen. In weiten Kreisen hat man bis heute nicht den Gedanken angenommen, daß nunmehr die russische Bedrohung die klassische "deutsche Gefahr" verdränge.

Für die maßgebenden Politiker besteht die Schwierigkeit gerade darin, eine geeignete Lösung für die beiden möglichen Gefahrenherde zu finden. Die europäische Integration der Bundesrepublik sollte das Mittel dazu sein. Aber bereits das Problem der deutschen Bewaffnung schuf neue Komplikationen: Einmal weil man eine solche an sich vermeiden wollte, auf der anderen Seite, weil man dadurch die Sowjet-Union zu provozieren glaubte. Das französische Unbehagen kam letzten Februar zum Ausdruck, wo das Parlament die deutsche Bewaffnung an eine Reihe von Bedingungen knüpfte (darunter eine anglo-amerikanische Garantie gegen einen deutschen Austritt aus der Europa-Armee).

Die letzte russische Note vom 10. April schuf zum ersten Mal eine gewisse Einmütigkeit: Der Vorschlag zur Schaffung eines nationalen deutschen Heeres hat nichts, was den Franzosen gefallen könnte. Wenn die öffentliche Meinung sich in der Ablehnung dieses Gedankens auch einig ist, so bedeutet nichtsdestoweniger die sowjetrussische Note für sie einen Alpdruck. Die Moskauer Annahme von freien Wahlen ist dagegen in Frankreich mit Sympathie aufgenommen worden, und selbst in Kreisen, die für das Weitertreiben der "Integration" der Bundesrepublik sind, wird geäußert, daß Wahlen nicht von der Bedingung der UNO-Kontrolle abhängig gemacht werden sollen.

Obwohl sich Frankreich der Auffassung eines bewaffneten und neutralisierten Deutschland widersetzt, hat es hinsichtlich der Antwort an die UdSSR eine andere Meinung als insbesondere die USA. Während Acheson die russischen Schritte mit Verachtung abwies, äußerte Außenminister Schuman, daß sie "nicht zu unterschätzen seien" und er erklärte seine Bereitschaft zum Verhandeln. Gleichzeitig verwies

er aber auf das für Frankreich Entscheidende, d.h. die Ablehnung einer deutschen Nationalarmee. In der Tat wird man in diesem Punkt auf kein französisches Nachgeben zählen dürfen. Denn hier sieht man nicht nur die eine Gefahr heraufbeschworen: Man sieht sie im Zusammenhang mit der Sowjet-Union. Man hält eine unabhängige deutsche Politik zwischen den Mächten für möglich, die sich dann nochmals in ein Bündnis mit der UdSSR auswirken könnte. Deshalb erklärt es sich, daß Schuman die amerikanische Bile, das Generalabkommen mit Adenauer und den Abschluß über die Europa-Armee bis Monat Mai unter Dach und Fach zu bringen, teilt. Auf diese Weise soll einer deutschen Unabhängigkeit entgegengearbeitet werden.

Im Gegensatz zu den USA glaubt jedoch Schuman, daß eine solche Politik Verhandlungen über freie Wahlen nicht ausschließen. Nicht überall ist man jedoch von einer solchen Möglichkeit überzeugt. In allen Parteien - auch in denen der Koalition - gibt es Kreise, die sie für illusorisch bezeichnen. Die wichtige Zeitung "Le Monde" ist nach wie vor ihr Sprachrohr, und die Finanzzeitung "L'Information" schrieb unumwunden, daß "die Integration die Vereinheitlichung Deutschlands" verhindere. Selbst wenn der Wettlauf der Verhandlungen in Bonn mit der an Moskau zu richtenden Antwort gelingt, bleibt es fraglich, ob das französische Parlament seine Ratifizierung erteilen wird. Sollte Schuman in der Frage der Europa-Armee zu viele neue Konzessionen gemacht haben und sollten die Verhandlungen mit der Sowjet-Union hintertrieben werden, dann wird das nicht der Fall sein. Außenminister Schuman ist der am meisten gefährdete Mann der Regierung Pinay.

+ + +

Sozialdemokratisch-Jugoslawisch-Kommunistische Schriftenreihe

(sp) Morgan Phillips, Sekretär der Labour Party, Georges Brutelle Sekretär-Adjunkt der Sozialistischen Partei Frankreichs, Victor Larock, Chefredakteur der Zeitung "Le Peuple", Brüssel, und Jules Humbert-Droz, Zentralsekretär der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, haben die Initiative ergriffen, um gemeinsam mit dem internationalen Sekretär der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, Vladimir Dedjer, eine Reihe theoretischer Hefte über aktuelle Probleme der internationalen sozialistischen Bewegung herauszugeben.

Zweck der Publikation ist die Ermöglichung einer gegenseitigen zuverlässigen und sachlichen Information über die Erfahrungen auf den Gebieten der Verwirklichung des Sozialismus, sowie die Durchführung einer kameradschaftlichen theoretischen Diskussion über die aus diesen Erfahrungen sich ergebenden Ideen.

Die Hefte, die drei- bis viermal jährlich erscheinen werden, und zwar in englischer, französischer, deutscher und serbokroatischer Sprache, werden jeweils nur ein einziges Thema behandeln und auf diese Weise ihre dokumentarische und theoretische Aktualität bewahren. Sie werden unter dem Titel "Die Wege zum Sozialismus" erscheinen.

+ + +

Saarbergarbeiter-Lohnregelung von Paris abhängigVon unserem ständigen Saar-Mitarbeiter x-Saarbrücken

Wie erst jetzt bekannt wird, hat die Hoffmann-Regierung wesentliche Teile des am 5. April in Paris von der gemischten französisch-saarländischen Wirtschaftskommission ausgearbeiteten "Vorschlages" für die Beilegung von Lohnstreitigkeiten im Saarbergbau geheingehalten. Auf Anfrage der Bergarbeitergewerkschaften, die den genauen Text der Vereinbarungen als Verhandlungsgrundlage ausgehändigt haben wollten, wurde erklärt, er sei in den Zeitungen veröffentlicht und darüber hinaus sei nichts festgelegt.

Durch die nun bekanntgewordenen unveröffentlichten Teile ist erwiesen, daß die Saarregierung den Bergarbeiterführern bewußt die Unwahrheit mitgeteilt hatte, um sie zu einer Zustimmung zu der Sonderregelung zu bewegen. Diese lehnten jedoch schon direkt nach Beendigung der Verhandlungen in Paris die teilweise veröffentlichten Vorschläge ab. Der geheim gehaltene Teil der Abmachungen besagt, daß der Saarlandtag völlig ausgeschaltet wurde und die von der französischen Mehrheit der Kommission aufgezwungene Regelung in jedem Falle, also auch bei Ablehnung durch den Landtag, durchgeführt werden muß. Der Generaldirektor der Régie des Mines de la Sarre darf mit den Bergarbeitervertretern nur Vereinbarungen treffen, wenn vorher das Einverständnis des französischen Produktionsministers vorliegt. Der unveröffentlichte Text lautet:

"Die französisch-saarländische Wirtschaftskommission, mit der Frage befaßt, ob und auf welche Weise eine besondere Regelung von Lohnstreitigkeiten in den Saargruben getroffen werden könnte, und zwar eine Regelung, die der Autonomie des Saarlandes sowie den besonderen Bedingungen der Saargruben im Rahmen der französisch-saarländischen Wirtschaftsunion Rechnung trägt, gemäß § 3 der Konvention über die Durchführung der französisch-saarländischen Wirtschaftsunion,

in Anbetracht dessen, daß § 1 der Konvention vom 3.3.1950 zwischen dem Saarland und Frankreich über den Betrieb der Saargruben dem französischen Staat die Verantwortung über Abbau der Grubenfelder des Saarlandes überträgt,

in Anbetracht dessen, daß es im Hinblick auf die vorstehend erwähnte Regelung möglich erschien, in das Verfahren zur

Regelung von Lohnstreitigkeiten bei diesen Gruben ein Schieds- und Schlichtungsverfahren einzuschalten, ist der Ansicht, daß Bestimmungen unter Berücksichtigung folgender Grundsätze erlassen werden müssen".

Das dann folgende, vorgeschlagene Verfahren wurde von Saar-Hoffmann zur Veröffentlichung freigegeben, während nachstehende Schlußbestimmung bisher geheimgehalten wurde. Ihr Wortlaut ist folgender:

"Hinsichtlich der Grundgedanken, die in der Empfehlung der französisch-saarländischen Wirtschaftskommission vom 5.4.52 bezüglich der Regelung von Lohnstreitigkeiten der Saargrubenverwaltung - Régie des Mines de la Sarre - ausgesprochen sind, hat der Ausschuß festgestellt, daß der Direktor der Saargrubenverwaltung nur dann mit den Berufsorganisationen Vereinbarungen treffen kann, wenn er die Genehmigung des französischen Grubenministers hat und daß er nur solchen Schiedsvereinbarungen zustimmen kann, deren Bestimmungen die Zustimmung dieses Ministers gefunden haben. Es ist außerdem vereinbart, daß die Vereinbarungen und Schiedsvereinbarungen zur Verwirklichung der wirtschaftlichen Harmonie, welche die französisch-saarländischen Konventionen anstreben, notwendigerweise den Löhnen Rechnung tragen, die in den lothringischen Gruben gelten".

Paris, den 5.4.1952

gez. Schuman	gez. Ruland
Surleau	Reuter
Mettas	Strauß
Presnais de Lontard	Welsch.

+ + +

Bekanntnis zum demokratischen Sozialismus

Zur III. Zentralkonferenz der deutschen Jungsozialisten

St.B. Die niedersächsische Stadt Peine beherbergte vom 25.-27. April die Dritte Zentralkonferenz der deutschen Jungsozialisten. Über 100 Delegierte aus allen 21 Bezirken der Bundesrepublik und Groß-Berlin sowie zahlreiche Gäste der europäischen Bruderorganisationen kamen in dieser Stadt zusammen, die seit den unruhlichen Flaggenschändungen durch einige neofaschistische Rowdies im vergangenen Herbst vom Rufe, ein Hort des Neofaschismus zu sein, nicht mehr befreit wurde.

Nun, die in Peine versammelten Delegierten der Jungsozialisten-Bewegung Deutschlands haben den Ruf dieser Stadt wieder hergestellt. Ihre Konferenz wurde zu einem machtvollen Bekenntnis für den Neuaufbau eines demokratischen Deutschlands im Geiste des freiheitlichen Sozialismus. Diesen Bekenntnis schloß sich auch die Peiner Bevölkerung auf der öffentlichen Jugendkundgebung an. Über 4000 Menschen demonstrierten gemeinsam mit den Sprechern der Jungsozialisten gegen die Feinde der Demokratie und lieferten den eindeutigen Beweis dafür, daß die politischen Extremisten nur eine kleine Gruppe darstellen.

Im Mittelpunkt der internen Beratungen standen die Berichte des Zentralsekretärs der Jungsozialisten über die politische und organisatorische Arbeit, ferner die Berichte über die Schulungsarbeit und die internationale Zusammenarbeit. Einmütig wurde dem Zentralsekretär der Jungsozialisten, Werner Buchstaller, das Vertrauen für seine bisher geleistete Arbeit ausgesprochen. In ihren politischen Beschlüssen, die zu den entscheidenden innen- und außenpolitischen Fragen Stellung nahmen, wandten sich die Jungsozialisten ua. mit aller Schärfe gegen die Politik der Bundesregierung, die ihremoralische, wirtschaftliche und politische Pflicht gegenüber der gesamten deutschen Jugend in grober Weise verletze. Sie forderten die Jugend der Bundesrepublik auf, mit ihr eine neue Bundesregierung zu erkämpfen, die die Jugend aus ihrem unverschuldeten sozialen Notstand befreit und ihr eine gesunde Entwicklung in Freiheit und sozialer Sicherheit gewährleiste.

Die Jungsozialisten legten während der dreitägigen Konferenz Zeugnis ab von ihrem ernstesten politischen Willen, alles daran zu setzen, um der deutschen Jugend, und zwar der gesamten deutschen Jugend, ein Leben in Freiheit und sozialer Gerechtigkeit zu erkämpfen.

+ + +

Nach 150 Jahren

(sp) Der NWDR Köln sendet am Vorabend des 1. Mai eine einstündige Hörfolge von Guntram Prüfer "Nach 150 Jahren" (Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung).

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau